

Deutschland soll korrupter werden



Vorweg gesagt: Dass

am Ende einer gelungenen Integration, d.h. Deutschwerdung, einem Einwanderer oder dessen Nachkommen alle Türen im Lande, auch im Öffentlichen Dienst, offen stehen sollten, versteht sich von selbst. Allen anders lautenden Behauptungen zum Trotz ist dies gleichwohl in Deutschland vermutlich längst der Fall. Man darf nur nicht den Fehler machen, als Bemessungsgrundlage die Migranten insgesamt anzunehmen. Vielmehr sollte man Prozenspielereien auf die beziehen, die assimiliert sind und die sich in einer Wissensgesellschaft nicht mehr mit einer fremden Muttersprache und bei uns unbeliebten mitgebrachten Bräuchen selbst benachteiligen.

(Von Thorsten M.)

Leider hat sich diese Erkenntnis trotz vielfältiger Erfahrungen in Kreuzberg und Neukölln noch nicht bis in die Machtzentren unserer Bundeshauptstadt herum gesprochen. Nachdem „Integrationsgipfel“ zu veranstalten eine der Lieblingsbeschäftigungen unserer Regierungspolitiker jedweder Couleur geworden sind, überschlägt sich aktuell auch die „bürgerliche“ Bundesregierung – nach neuen Wählern schielend – möglichst große, anstrengungsfreie Geschenkpakete für die migrationsbehinderte Community zu schnüren. Wie auch die letzten derartigen „Gipfel“, endet der aktuelle mit einem

„Aktionsplan“ für eine bessere Integration der Einwanderer, oder wie man mittlerweile so schön sagt „Teilhabe“, was viel besser zu den Fleischtöpfen passt, um die es eigentlich geht. Der bisher bundesweit nur mit 9,9% Einwandereranteil gesegnete Öffentliche Dienst soll in unserem Land unbedingt „farbiger“ werden. Wie wir im Nachgang zu ähnlichen Bekundungen z.B. bei der Polizei in Baden-Württemberg erlebt haben, gerne auch um den Preis der Absenkung von Einstellungsstandards.

Dass solche Niveauabsenkungen aber nur der harmlose Teil der Wahrheit sind, unterschlagen die Akteure, allen voran die kinderlose (von der Zukunft damit wenig betroffene) Staatsministerin Maria Böhmer, die in diesem Polit-System leider regelrecht dazu getrimmt worden sind, nur noch in kleinen Zusammenhängen und kurzfristig zu denken.

Wenn ein Einwanderer durch Quoten oder Anforderungsniveau-Absenkungen gefördert werden muss, hat dies schließlich vor allem damit zu tun, dass er noch zu sehr in seinem Herkunftskulturraum verhaftet ist. Genau dies ist aber die eigentliche Gefahr bei dieser „Internationalisierung“ unseres Öffentlichen Dienstes. Zur Erinnerung: In dem 178 Staaten umfassenden Korruptionsranking der NGO „Transparency International“ belegt Deutschland im Moment einen immer noch als respektabel zu bezeichnenden 15. Platz. Die Türkei findet sich schon auf Platz 56, Albanien auf Platz 87, der Libanon belegt den 127. und Afghanistan gar den 176. Platz.

Glaubt jemand ganz im Ernst, dass eine in Deutschland maßgeblich von solchen Landsleuten (mit-)betriebene Verwaltung unser Land auf dem 15. Platz halten wird? Vor allem dann, wenn sich einmal ganze landsmannschaftliche Seilschaften in den Amtshäusern fest setzen, man dann in heimatliche Gepflogenheiten verfällt oder schlicht und ergreifend von irgend welchen „Dorfältesten“ unter Druck gesetzt wird?!

Das sich die üblichen Verdächtigen die Hände reiben, ob der Aussicht auf solche Geschenke, die nichts weniger sind, als

eine geplante (Einstellungs-)Benachteiligung biodeutscher Kinder, versteht sich von selbst. Man darf gespannt sein, wie spannend Achmed vom Campus Rütli das Stillsitzen in deutschen Amtsstuben finden wird, zu dem er nun mit Anzeigenkampagnen und einer Webseite im Rahmen einer „ganz neuen Willkommenskultur“ inspiriert werden soll.

Möglicherweise erhoffen sich ja auch einige Politiker, wie z.B. der Mann, der im Moment durch Aussitzen massiv und dauerhaft das Amt des Bundespräsidenten beschädigt, eine perspektivisch bessere Akzeptanz ihres sich der Korruption annähernden Verhaltens? Vielleicht soll auch einfach nur für mehr internationale Chancengleichheit gesorgt werden, indem man einen weiteren Baustein des deutschen Erfolgsmodells – nämlich den der korruptionsarmen Verwaltung – schleift? Unter diesem Aspekt könnten sich unsere Politiker tatsächlich einmal viel mehr gedacht haben, als wir ihnen zugetraut hätten.

Zum Glück hat die Regierung versprochen, den nächsten „Integrationsgipfel“ erst im Frühjahr 2013 stattfinden lassen zu wollen...